

# Berliner Tageblatt



Nr. 414

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Tofio noch immer in Flammen

Die Menschenverluste auf zwei Millionen geschätzt. — 200 000 Häuser in Tofio zerstört. — Die Hilfsaktion im Gange.

### Was das Erdbeben vernichtet hat.

(Telegramme unserer Korrespondenten)

London, 4. September.  
Die japanische Erdbebenkatastrophe, die die „Westminster Gazette“ das größte derartige Unglück der Weltgeschichte nennt, erweist sich als so groß, daß unter Umständen Japans politische Macht hiervon betroffen wird. So schreibt die japanische Zeitung „Mainitschi“, Japan sei durch diese Katastrophe um eine Generation zurückgeworfen worden. Es sei jetzt keine Großmacht mehr, sondern eine Macht vierten Ranges. Denn das Land habe keine finanziellen Reserven, die größten Gesellschaften einschließlich der Versicherungsgesellschaften und eine der größten Banken seien ruiniert. Nach Meldungen aus Peking übertrifft die Zahl der Getöteten zwei Millionen; andere Quellen geben 250 000 Todesopfer an, von denen 150 000 auf Tofio und 100 000 auf Jotohama entfallen. Um den Ausbruch von Seuchen zu vermeiden, werden die Leichen in die brennenden Häuser geworfen. Plünderungen greifen trotz aller Maßnahmen der Polizei um sich. Das englische, französische und amerikanische Botschaftsgebäude sollen zerstört sein. Eine der ersten Handlungen der Regierung war die Entsendung von Truppen nach den zoologischen Gärten, um die wilden Tiere töten zu lassen, die sonst ausgedroht wären.

Paris, 4. September.

Die Meldungen über das Erdbeben in Japan, die während der Nacht hier eingetroffen sind, lassen erkennen, daß gegen diese Katastrophe alle ähnlichen Ereignisse der Geschichte gering erscheinen. Der Ausbruch des Vesuvius im Jahre 1902 zerstörte die Stadt St. Pierre und kostete 30 000 Menschen das Leben. Beim ersten Beben von Messina im Jahre 1908 wurden 77 000 Opfer gezählt. In Japan gingen 1858 in der Katastrophe von Jeddo mehr als 100 000 Menschen zugrunde. Diesmal aber werden jetzt bereits die ums Leben gekommenen auf 250 000 berechnet. Umher Jotohama und Tofio sind noch zahlreiche kleinere Orte vernichtet. Die zerstörten Werte lassen sich überhaupt nicht abschätzen. Auch die jetzt vorliegenden Nachrichten sind noch unvollständig, aber sie ermöglichen doch bereits den Ueberblick über den Umfang dieses Entsetzens ohne Beispiel. Gestern Abend wurde mitgeteilt, daß der Brand Tofios eingedämmt und das Feuer im Erlöschen sei. Diese Meldung ist irrig gewesen. Tofio steht noch in Flammen. Flieger, die sich mit großer Gefahr über der brennenden Stadt aufgeschossen haben, berichten, daß sie in eine dicke Himmelschicht hätten, in der zwischen Feuer und Gluthaufen viele Leichen liegen. Die Aufzählung der verlorenen Städte und umgebenen Menschen ist nachfolgend: 150 000 in Tofio, ebensoviel in Jotohama, 7000 in Atama, 4000 in Otowa, 8000 Arbeiter in den großen Fabriken am Fuße des Fudschijama. Alle genannten Orte sind vernichtet. In der Stadt Sakone lassen sich die Lebenden zählen, aber nicht die Toten. Die meisten Städte und Dörfer sind durch die Stromflut vom Boden weggeschwemmt worden. Die letzten Meldungen erwähnen neue Erschütterungen und die unheilvolle Tätigkeit einiger Vulkanen, die bisher erloschen schienen, jetzt aber mit Lavafluten und Aschenregen die Menschheit bedrohen.

Von den großen öffentlichen Gebäuden Tofios sind zerstört: die Nationalbank, das kaiserliche Museum, die Universität Meiji, die Militärschule, das Kriegsministerium (wenigstens zum Teil), mehrere Theater, der

Ramontempel, fast alle Bahnhöfe, viele Paläste, außerdem wahrscheinlich die französische und italienische Botschaft. Ueber das Personal der Botschaften fehlt bisher jede Nachricht. In Paris herrscht Sorge um das Schicksal der französischen Vertreter und des auch in Deutschland bekannten Dichters Paul Claudel. Auch von den Botschaftern der Vereinigten Staaten und Belgiens ist nichts bekannt. Der englische Botschafter und der englische Konsul befinden sich auf Urlaub in London. Es wird berechnet, daß in Tofio allein 200 000 Häuser vernichtet worden sind, die meisten durch den Brand, der durch die Explosion der Gasleitungen immer neue Nahrung erhielt. Das Feuer hat auch die meisten Zeitungshandereien zerstört. Die meisten Menschen starben gleichzeitig zu Hunderten und Tausenden, weil die Gebäude einstürzten, in die sie sich geflüchtet hatten. Beim Untergang des Bahnhofes von Ibero kamen mehr als 8000 Leute ums Leben. Die französischen Zeitungen sind in wenigen Palästen untergebracht, welche bisher verschont geblieben sind.

Der kaiserliche Palast, zu dem bisher kein Fremder Zutritt hatte, ist für alle Unglücklichen geöffnet. Auf dem Hof drängen sich viele Tausende zusammen ohne Kleidung, ohne Lebensmittel, ohne Wasser. Der Prinzregent hat die Rettungsaktion persönlich geleitet und sich bis gestern keinen Schlaf gegönnt. Die amerikanischen Berichte rühmen seine Energie. Koreanische Räuber haben das Unglück ausgenutzt, um zu plündern. Sechs dieser Banditen wurden erschossen. Der Zugang zur Stadt ist von Truppen abgesperrt, da der Verkehr in den rauchenden und brennenden Trümmerhaufen der Straßen gefährlich ist. Auch der Verkehr zu Wasser ist unmöglich, da alle Leuchtfeuer der Bai von Tofio vernichtet wurden. Hilfsexpeditionen sind von den Amerikanern und den Franzosen abgeschickt.

Die Amerikaner haben ihren Hilfsdienst in großzügiger Weise organisiert und durch die Einrichtung einer Meils-Bahn von Tokyo nach Tokio im Stillen Ozean auch für die Möglichkeit drahtloser Verbindung gesorgt. Das Marineministerium hat alle Kriegsschiffe, die sich im Bereich der japanischen Küste aufhalten, der japanischen Regierung für die Rettungsaktion zur Verfügung gestellt. Das französische Ministerium des Meeres hat dem Generalkonsulat in Schanghai die Anregung gegeben, zwischen dem Oberatorium der Jesuiten in Jikawai und den japanischen Oberatorium von Kure eine drahtlose Verbindung herzustellen und zwei französische Kreuzer mit Lebensmitteln und Kleidung zur Hilfeleistung abgeandt. Der „Nippo“ „Mito“ ist bereits in Nagasaki eingetroffen.

Die Gasse zu der Erdbebenkatastrophe aus Otsa berichtet, berechnet der Marineminister allein in Tofio die Zahl der Toten auf 150 000. Es hat den Anschein, als ob man des Feuers in Tofio noch nicht Herr geworden sei. 30 Mitglieder der Regierungspartei sind bei dem Erdbeben ums Leben gekommen, während sie eine Sitzung abhielten. Der Fürst Matsumama ist infolge der erlittenen Verletzungen gestorben.

Washington, 4. September.

Präsident Coolidge hat eine Proklamation an das amerikanische Volk gerichtet, in der dieses aufgefordert wird, den Japanern Hilfe zu leisten.

\*\*\*

In der hiesigen japanischen Botschaft war man bis heute mittag ohne jede amtliche Nachricht. Ganze Scharen von Berlin lebenden Japanern delagierten förmlich die Bureauräume, um Auskünfte über die Katastrophe zu erhalten. Sie sind tief erschüttert über das Unglück. Viele von ihnen stammen direkt aus dem Erdbebengebiet und wollen nun versuchen, trotz aller Grenzschwierigkeiten nach der Heimat zu gelangen. In der Botschaft geht das Gerücht, daß auch das Heim des japanischen Auswärtigen Amtes dem Erdbeben zum Opfer gefallen und eingestürzt ist.

## Der neueste Akt der Rheinlandkommission.

Wieder eine Verletzung der deutschen Verwaltungshoheit.

Paris, 4. September. (W. L. B.)

Nach einer Gavaßmeldung aus Koblenz hat die Rheinlandkommission beschlossen, in der Absicht, die Organisation des Oberlandes gegen ihre Befehle durch die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet zu brechen, folgende Ordnanng herauszugeben: § 1. Die Delegierten der Rheinlandkommission sind in den einzelnen Bezirken können von jedem Dokument Kenntnis nehmen oder nehmen lassen, das für deutsche Verwaltungen, die innerhalb ihres Bezirkes bestehen, bestimmt ist, wenn immer genügend Grund zu der Vermutung vorliegt, daß diese Verwaltungen eine Tätigkeit ausüben, die sich gegen die Befehle der Rheinlandkommission oder gegen die Interessen der Besatzungsarmee richtet. Die Delegierten haben die Befugnis, zu diesem Zweck den deutschen Verwaltungen die notwendigen Informationen zu erteilen. § 2. Jeder Ober- oder Unterbeamte, oder Agent, der sich weigert, den nach Artikel 1 gegebenen Instruktionen zu gehorchen und der die Verzeichnisse und Dokumente, deren Mitteilung gefordert wird, verheimlicht oder zu verheimlichen versucht, steht sich den Strafen aus, die für ein Vergehen gegen die Ordnanng der Rheinlandkommission festgesetzt sind. § 3. Wenn infolge Ueberlegung, Ausweitung oder abgelehnter Genehmigung der Ernennung eines Beamten ein Posten in einer deutschen Verwaltungsstelle frei wird, kann die Rheinlandkommission auf Vorschlag ihres Delegierten, wenn es scheint, daß das Weiterbestehen der Befehle der Sicherheit, den Bedürfnissen und dem Unterhalt der Armee entgegensteht und daß die tragliche Bilanz nicht dadurch ausgeglichen werden kann, daß sie in der fraglichen Verwaltung bereits beschäftigte Beamte dazu beruft, selbst die Ernennung für den freien Posten vorzuschlagen.

Nach einer Mitternachtsmeldung aus Aachen haben gestern die Delegierten in dem gesamten von ihnen besetzten Gebiet „Requisitionen“ von Markbeträgen vorgenommen, bei denen ihnen in den verschiedenen Filialen der Reichsbank 850 Milliarden in die Hände fielen.

Diese neueste Verwendung der Rheinlandkommission, durch die sie sich Einsicht in das gesamte Aktienmaterial der deutschen Verwaltung verschaffen und die von ihr willkürlich geschaffenen Beamtenvakanten durch ihr willkürliche Requisitionen ausfüllen, also aufsehend die „rheinishche Republik“ vorbereiten will, stellen eine so unerhörte Verletzung der bestehenden Verträge dar, daß alle frühere Mißbilligung und Gewalttat dadurch noch übertroffen wird. Man wird fragen dürfen, ob denn England auch diese Reichsverletzung stillschweigend mit ansehen, ob es seinen Protest wieder darauf beschränken wird, daß der englische Delegierte in der Kommission sich der Stimme enthält.

## Der Druck auf das Rheinland.

Gereizte Stimmung der Bevölkerung. — Der Billionenraub in Düsseldorf. — Die Koblenzer Besprechungen.

Von unserem Korrespondenten

Dr. Alfred Krüger.

Kr. Koblenz, 2. September.

Jeder fühlt heute hier, daß der Kampf um Rhein- und Ruhr in das Endstadium eingetreten ist. Die Meldung eines Berliner Blattes, daß die französische Regierung bereit sei, ihre skrupellose Gewaltpolitik einzuschränken, um die Position des Kabinetts Stresemann zu erleichtern, hat sich nicht bewahrheitet. Der Druck der Einbruchsarmee hat sich im Gegenteil verhärtet und wird von Tag zu Tag drückender. Die Verkehrsperre wird mit einer kaum noch zu überbietenden Brutalität gehandhabt, die durch lokale Verkehrsanktionen empfindlich geleindert wird. Wo man einen Sabotageakt wittert, wird sofort die Straßenbahn des genannten Bezirkes lahmgelegt. So wurde der Betrieb der Außenbahn, die Düsseldorf mit der wichtigen Eisenbahnstation Benrather verbindet, verboten. Die Passagiere müssen sich peinliche Leibesvisitationen gefallen lassen. Pakete werden schon seit längerer Zeit nicht mehr durchgelassen. Inhaber großer Warenhäuser berichteten mir, daß in Städten an der Peripherie des besetzten Gebietes Tausende von Paketen aufgestapelt seien, die sie nicht hereinholen können. Neben dieser wirtschaftlichen Schikanepolitik nimmt die systematische Verfolgung der deutschen Beamten ihren Fortgang. Seit meinem letzten Aufenthalt in Koblenz vor vier Wochen wurden beim Oberpräsidenten allein fünf Beamte ausgewiesen. Diese Befehle, die unter den größten Schwierigkeiten den Verwaltungsapparat aufrecht erhält, ist heute nur noch mit einem Oberregierungsrat und drei mittleren Beamten besetzt! Auch das Provinzialschulkollegium ist stark gelichtet. Einen der bestauntesten Journalisten im Rheinland, Dr. Mehrmann, seit nahezu 30 Jahren Chefredakteur der „Koblenzer Zeitung“, der von den Sonderbüdnen besonders gehäht wird, traf vor einigen Tagen zusammen mit dem Verlagsdirektor der Ausweitungsbefehl.

Diese Straßensicherungspolitik wird von der Bevölkerung nach wie vor mit tapferer und ruhiger Gelassenheit ertragen. Aber diese Ruhe ist nur äußerlich. In Wirklichkeit ist die Stimmung auf das äußerste gereizt. Machen sich die Partier Gewalttäter nicht klar, welche Wahnsinnspolitik sie betreiben, die einmal zu einem furchtbaren Verzweiflungsausbruch der gemeinlichen Massenverdrängung führen muß, wenn sie z. B. die öffentlichen Kassen brandstücken und wie es jetzt in Düsseldorf geschehen ist, Notgelder in Höhe von fast 1 1/2 Billionen Mark beschlagnahmen? Ganz Düsseldorf befindet sich heute infolge dieses unerhörten Gewaltaktes in einem Zustand der Panik. Der gelamte Geldverkehr der Stadt ist mit einem Schläge ins Stocken geraten. Hat man früher die geraubten Reichsbankgelder aus dem Geldmarkt gewonnen, um die deutsche Mark herabzubrüden, so scheint man heute das Ziel zu verfolgen, auf indirektem Wege zur Einführung einer rheinischen Währung zu gelangen. Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß gerade am Tage des Billionenraubes der französische Kreisdelegierte in Koblenz, Philippe, dem Oberbürgermeister erklärte, das rheinische Notgeld müsse von allen Banken in Zahlung genommen werden und die Stadt solle eine dahingehende Bekanntmachung erlassen. Philippe soll im Laufe dieser Verhandlungen geäußert haben, es sei doch am praktikablen, wenn die Landesbank der Rheinprovinz den gesamten Druck des Notgeldes im besetzten Gebiet übernehmen würde. Der deutsche Vertreter ist selbstverständlich auf dieses Entschließen nicht eingegangen. Die folgenreichere Frage wie Förderung ist ohne weiteres erkennbar. Hat erst einmal die Landesbank der Rheinprovinz das Monopol für die alleinige Herstellung des Notgeldes, dann bedarf es schließlich nur einer jener berüchtigten Ordnanngen der Rheinlandkommission, um das Reichsbankgeld im besetzten Gebiet auszuwechseln und auf diese Weise mit deutscher Hilfe eine Spezialwährung für die Rheinlande unter französischem Protektorat zu schaffen. Die Franzosen werden mit denartigen Plänen wenig Glück haben.

Kurz vor diesen Erdtritten, in denen der Kreisdelegierte Philippe seine Ansichten über die Notgeldalamität entwickelte, fanden in Koblenz Besprechungen zwischen deutschen Delegierten und Mitgliedern der Rheinlandkommission statt. Diese Konferenz, die auf Anregung der interalliierten Kommission stattfand und sich mit der Lebensmittelversorgung des altbesetzten Gebietes befaßte, ist durch die ungeschickte (und wahrheitswidrige) Mitteilung einer Korrespondenz in eine sensationelle Beleuchtung gerückt worden. Aus der betreffenden Notiz ging hervor, daß die Reichsregierung damit einverstanden sei, wenn für Lebensmittelzufuhr die Regierungen bereit wären, die von der rheinischen Presse ist diese unrichtige Meldung, die von der Reichsregierung alsbald demontiert wurde, mit Erlaunen und Enttäufung aufgenommen worden.

Nach meinen Informationen haben am Montag und Mittwoch in Koblenz die bereits gemeldeten Besprechungen zwischen deutschen Vertretern und Mitgliedern der Rheinlandkommission stattgefunden. Diese beiden Konferenzen trugen rein informativen Charakter. Es ist von französischen Standpunkt aus verständlich, daß die Franzosen auf die Klagen der Deutschen hin auf die Benutzung der Rheinbahn hinweisen. Von deutscher Seite wurde dieses Angebot abgelehnt. In amtlicher Stelle war von weiteren Besprechungen nichts bekannt. Wie die „Koblenzer Zeitung“ in dessen Bericht, haben nach der Mitteilung ihres Bewah-